Frankfurter Rundschau · 20. Okt. 1970, S. 4

Im Wortlaut

Ausgebildete Minderheit verantwortlich

Deutsche, englische und französische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Organisationen unterzeichneten den von einem Aktionskomitee verfaßten Brief an den türkischen Staatspräsidenten Cevdet Sunay und den Ministerpräsidenten Suleyman Demirel, der folgenden Wortlaut hat:

„Wir sind beunruhigt über die jüngsten Entscheidungen des türkischen Kabinetts gegenüber oppositionellen Demokraten und möchten unsere kritische Einstellung hierzu nicht verhehlen.

Ohne die Kritik der oppositionellen Kräfte wäre die Lösung der zentralen Probleme in einer Gesellschaft kaum denkbar. Es ist historisch zu belegen, daß die Kritik der progressiven Opposition in allen Gesellschaften zu jeder Zeit der dynamische Entwicklungsfaktor gewesen ist.

Gerade in den unterentwickelten Ländern, wo sich die Mehrzahl der Bevölkerung noch in extremer unverschuldeter Armut und Unmündigkeit befindet, ist es existenznotwendig, daß die ausgebildete schmale Minderheit sich für die Entwicklung ihrer Länder in besonderem Maße verantwortlich fühlt und sich für die Emanzipation ihrer Gesellschaften engagiert.

Um so unverständlicher ist es, wenn die Regierungen dieser Staaten die politische Tätigkeit der kritischen Kräfte administrativ unterdrücken wollen. In der Bundesrepublik und West-Berlin studieren fast 3000 türkische Studenten, die in naher Zukunft in die politische Verantwortung ihres Landes treten werden.

Konkret beunruhigen uns zwei jüngste Entscheidungen des türkischen Kabinetts:

1. Die türkische Regierung hat im Mai 1969 aus politischen Gründen neun türkischen Bürgern, die an den Westberliner Universitäten studieren, die zur Fortsetzung ihres Studiums notwendige Verlängerung ihrer Pässe verweigert, ihnen ihr Stipendium entzogen und die Devisen gesperrt.

Nun erfahren wir von der unglaublichen Maßnahme des türkischen Kabinetts vom 16. Juli 1970, durch die dem ehemaligen Vorsitzenden der Türkischen Studentenföderation in Deutschland, Hakki Keskin, die türkische Staatsbürgerschaft wegen seiner politisch oppositionellen Tätigkeit entzogen worden ist; dies, obwohl Herr Keskin gegen die Entscheidung der türkischen Regierung auf Entzug seiner Studiengenehmigung beim Obersten Türkischen Verwaltungsgericht in Ankara Klage erhoben hat und die endgültige gerichtliche Entscheidung noch aussteht.

Dieser Akt des türkischen Kabinetts ist eine eindeutige administrative Disziplinierung eines oppositionellen Demokraten und widerspricht den Grundsätzen des von der Türkei reklamierten freiheitlichen Rechtsstaates. Diese repressive Maßnahme der türkischen Regierung steht im Widerspruch zu der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, die von der Türkei unterzeichnet worden ist.

Nicht nur aus oben angeführten prinzipiellen Gründen haben wir Einwände, sondern auch, weil diese Entscheidung Herrn Keskin seine Existenzgrundlage entzieht.

2. Eine ähnliche Maßnahme des türkischen Kabinetts sehen wir in dem Beschluß, aus politischen Gründen sechs iranische Studenten, die in Iran politisch verfolgt sind und zur Zeit in der Türkei studieren, an das Schah-Regime auszuliefern, dessen grausame Methoden der Verfolgung jeder freiheitlichen Opposition bekannt sind. Bereits einer dieser Studenten, Kurban Sir Muhammet, wurde am 19. 8. 1970 entgegen einer Entscheidung des Obersten Türkischen Verwaltungsgerichts der persischen Geheimpolizei SAVAK ausgeliefert.

Die Auslieferung der Studenten kann für diese den Tod bedeuten, nur weil sie sich für Freiheit und Gerechtigkeit in ihrem vom Schah-Regime unterdrückten und ausgebeuteten Volke einsetzen.

Mit diesem Vorgehen mißachtet die türkische Regierung die grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts, türkische Gesetze und Entscheidungen türkischer Gerichte, nur um dem Schah-Regime entgegenzukommen.

Wir können die Methoden der politischen Verfolgung während der Zeit des Nationalsozialismus nicht vergessen, und deshalb kann es uns nicht gleichgültig sein, ob in einem mit uns befreundeten Land Demokraten verfolgt und in Lebensgefahr gebracht werden.

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Repressalien der türkischen Regierung im Inland und Ausland gegen die progressiven Kräfte. Wir fordern Sie im Namen der Demokratie, des Rechts und der Humanität mit Nachdruck auf:

den Entzug der türkischen Staatsangehörigkeit von Hakki Keskin rückgängig zu machen und den in der BRD und West-Berlin studierenden Bürgern die Fortsetzung ihres Studiums und eine freie politische Betätigung zu garantieren;

daß in Ausführung der Entscheidung des Obersten Türkischen Verwaltungsgerichts für die Rückführung des an Iran ausgelieferten iranischen Studenten Kurban Sir Muhammet in die Türkei Rechnung getragen wird;

und daß die fünf iranischen Studenten nicht an das totalitäre Schah-Regime ausgeliefert werden und ihr ungehinderter Aufenthalt in der Türkei und die Fortsetzung ihres Studiums in der Türkei gewährleistet wird.

Wir möchten Sie über die Tatsache nicht im unklaren lassen, daß die Nichterfüllung dieser Forderungen in der internationalen Öffentlichkeit den Eindruck verstärken wird, daß die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates und die Menschenrechte in der Türkei nicht mehr garantiert sind und daß die türkischen, persischen und deutschen Studenten gemeinsam Aktionen zur Erfüllung dieser Forderungen unternehmen werden.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Folgen dieser zu erwartenden weltweiten Proteste und Aktionen von Ihrer Regierung verantwortet werden müssen."